

Die Gefährdung der Freiheit und der Demokratie



Von MARTIN E. RENNER | Wir leben im besten Deutschland, das es je gegeben hat. Sagte Bundespräsident Steinmeier noch im Oktober letzten Jahres. Alles ist so schön in unserem Land, in dem wir laut CDU alle so gut und gerne leben. Wir alle sind friedlich. Wir lieben einander uneingeschränkt und bedingungslos. Sind tolerant, bunt und vielfältig.

All' die wundervollen unterschiedlichen Kulturen, die uns überall helfen und hier friedvoll und freundschaftlich ihre Schaffens- und Innovationskraft entfalten möchten. Und unserem Land so zu noch mehr Wirtschaftskraft, noch besseren Zukunftsperspektiven und vor allem zu einem nie versiegenden Quell' an talentiertem Nachwuchs verhelfen.

Es ist alles so schön hier, so wunderbar, alles Glanz und Gloria

Schon stehen wir kurz davor, den über die Jahrzehnte heimlich und neidvoll beobachteten „American Dream“, den vom miesen Ausgangspunkt unabhängigen, durch harte Arbeit errungenen Karrieresprung „vom Tellerwäscher zum Millionär“ in den Schatten zu stellen.

Darüber können wir nur noch müde schmunzeln. Denn wir schaffen mit Toleranz, Quoten und dem festen Glauben an das allumfassend Gute sogar, dass eine völlig kompetenz- und talentfreie Frau zur Kandidatin für das Bundeskanzleramt emporgehoben wird. Wenn Sie jetzt, wie zu erwarten ist, an

eine exponierte Spitzenpolitikerin der GRÜNEN mit erheblichen Artikulationsstörungen denken, dann liegen Sie falsch – denn tatsächlich hat die von mir gemeinte Dame den Kanzler-Posten bereits schon vor 16 Jahren ergattert.

Hauptsächlich Ihrer fürsorglichen, in unendlicher Weisheit und grenzenloser Empathie vorausschauenden Menschenliebe an der Spitze unserer Nation haben wir es zu verdanken, dass in unserem Land schon bald Milch und Honig fließen. Und grüner Strom aus der Steckdose kommt. Und wir per Plastikkarte digital lustige und manchmal auch lausige Zahlen, mit einem „€“-Symbol versehen, miteinander tauschen dürfen.

Oh ja, diese Dame, immer adrett mit ihren ultrastylischen Outdoor-Jackets gekleidet, hat bekanntlich nicht nur das Prinzip der freien Marktwirtschaft, sondern vor allem die Grundpfeiler und den Charakter unserer freiheitlichen Demokratie schon mit der Muttermilch aufgesogen, reingeschlürft und locker verdaut. Oder haben Sie diesbezüglich etwa andere Informationen?

Es ist an dieser Stelle hoch an der Zeit, die Ironie abubrechen und ernst zu werden

Es ist höchste Zeit, aus diesem närrischen Traum zu erwachen und in die Realität zurückzukehren. Und auch diejenigen wachzurütteln, die sich selig noch einmal umdrehen möchten, um sich weiter lustvoll an ihren Träumereien zu laben.

Sie, liebe Leser, können darob gerne mürrisch werden, aber die Realität zu verschlafen, würde das größere Übel bedeuten – und das sehen wohl die Meisten ein.

Vor knapp zwei Jahren erregten wir uns noch, dass der Chef der hessischen Filmförderung wegen eines Abendessens mit dem Bundessprecher der „Alternative für Deutschland“ seinen Job verlor.

Heute reicht schon ein „Selfie“ eines bekannten Schauspielers

mit einem kritischen, also nach der Lesart des Zeitgeistes „einschlägig bekannten“ Journalisten, um es in die Produktionen des Medienkartells zu schaffen.

Vor wenigen Jahren wurden wir belehrt, dass wir aus den in den Medien zuverlässig wiederkehrenden Begrifflichkeiten, wie beispielsweise „Messer“, „Allahu Akbar“ und „Flüchtling“ auf gar keinen Fall irgendein Zusammenhang oder gar eine Schlussfolgerung zu konstruieren sei.

Kritik kommt immer von „rechts“. Toleranz und Akzeptanz immer von „links“

Heute „wissen“ wir aus zuverlässiger Quelle, nämlich dem Bundesverfassungsschutz: Unter den „Querdenkern“ gibt es nur sehr wenige Rechts-Extremisten. Gefährlich sind sie trotzdem – vor allem für unsere Demokratie – und deshalb sind sie irgendwie doch auch Extremisten und müssen folglich beobachtet werden. Weil sie sich der „politischen Entfremdung“ schuldig machen. Kein Witz, das ist die offizielle Verlautbarung des VS.

Um ein „Querdenker“ zu sein, reicht es also aus, sich kritisch über die Corona-Maßnahmen zu äußern oder gar für seine Grund- und Freiheitsrechte zu demonstrieren. Merke: Kritik am Handeln der Regierung ist immer extremistisch. Und vor allem, Kritik ist immer rechts. Kein Wunder, politisch „rechts“ ist mittlerweile das alltäglich gebrauchte Reizwort oder auch Synonym für „böse, extremistisch, intolerant, demokratiegefährdend, rassistisch, vielfaltsfeindlich, völkisch, terroraffin, entfremdend und unmenschlich.“

Armin Laschet, der Kanzlerkandidat der ehemals „christlichen“ und „demokratischen“ Union, verstieg sich jüngst in einer Talkshow zu der Aussage, dass das Wort „rechts“ ohnehin für alle Zeiten verbrannt sei. Er kenne in diesem Land keinen Konservativen, der sich selbst als rechts bezeichnen würde. Rechts sei identisch mit „neo-nazistisch“, so die implizite

und absolute Grenzziehung Laschets, des Türkenfreunds. „Gott sei Dank“. Oder doch besser „Al-hamdu lillah“?

Sind Nichtwähler bald auch bekennende Systemkritiker?

Vor wenigen Jahren machte man sich angesichts sehr geringer Wahlbeteiligungen noch Sorgen um die „Politikverdrossenheit“ der Nichtwähler. Heute hat man diese Bürgergruppen vermutlich schon in die „systemkritische“, vulgo rechte, vulgo extremistische Schublade geschoben.

Wer zigmal „mitte-rechts“ oder mit guten Gründen explizit nicht „links“ wählte, aber im Ergebnis dennoch immer auch eine linke Regierungspartei und damit linke Politik erhielt und deswegen sein Wahlrecht nicht mehr wahrnehmen wollte oder will, der muss doch ein Systemkritiker und Demokratieverächter sein. Oder nicht?

Spätestens durch die und mit den verhängten Corona-Maßnahmen und dem dahinter versteckten Credo „Regeln, Regeln über alles“ wird die politische Spaltung des Bürgers auf die Spitze getrieben. Ganz nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist klar gegen uns“.

So wird jede öffentlich geäußerte Kritik zu einem karriere- und existenzgefährdenden Spießrutenlauf für den Kritisierenden. Und dies völlig ungeachtet seiner bisherigen persönlichen politischen Präferenzen und Positionen. Nur so können eine Sarah Wagenknecht, ein Jan Josef Liefers (#allesdichtmachen) und sogar ein Till Schweiger sich urplötzlich politisch rechter Tendenzen verdächtig machen und sich einem breiten und professionell inszenierten „Shitstorm“ ausgesetzt sehen.

Das wirkt schon ziemlich autoritär oder sogar schon totalitär

Dass nahezu alle klassischen – also mit dem Strom schwimmenden – Medien dieses Spiel der Indoktrination nicht nur mitmachen, sondern regelrecht als Meister auf dieser unseligen Klaviatur

des heraufziehenden autoritären, wenn nicht gar totalitären Staatsverständnisses spielen, ist schon fast eine Binsenweisheit.

Noch besorgniserregender aber ist, was sich nicht unmittelbar im öffentlichen Fokus abspielt. Beispielsweise in der „Wissenschaft“. Der Mathematiker Prof. Stephan Luckhaus veröffentlichte Anfang Juni ein sehr sehenswertes und symbolträchtig-beispielhaftes Video auf YouTube. Darin schildert er, warum er enttäuscht aus der Leopoldina und auch aus der Max-Planck-Gesellschaft ausgetreten sei.

Die hier und heute geschilderten Dynamiken toben also auch ungehindert im Wissenschaftsbereich, ehemals einer der wohlstandserzeugenden Domänen unserer Gesellschaft. Und in diesem Falle reden wir nicht von irgendeinem Geschwätz ... , also von irgendeinem Sozialwissenschaftler, sondern von einem Mathematik-Professor. Dessen Erkenntnisse und Beurteilungen wegen ihrer schlechten „Außenwirkung“ politisch „unerwünscht“ seien und daher nicht veröffentlicht werden sollen und dürfen.

Wenn nicht nur Kritik, sondern auch wissenschaftliche Ergebnisse fundierter Analyse „unerwünscht“ sind; wenn Kritik oder wissenschaftliche Befunde nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich unerwünscht sind und geächtet werden, wie weit sind wir dann noch vom Paradoxon der Demokratie entfernt?

Das Paradoxon der Demokratie besagt und warnt, dass man die Demokratie mit vermeintlich demokratischen Mitteln gefährden und sogar tödlich verwunden kann. Was, wie wir alle wissen, nicht zum ersten Mal in unserem Land geschähe?

Demokratie heißt: Sagen zu können, was der Andere nicht hören will

Demokratie ist geistes- und kulturgeschichtlich ein dialektischer Prozess und besteht aus der These und der Antithese und führt zur Synthese.

Demokratie lebt nicht nur von der Kritik. Eine Demokratie kann ohne Kritik gar nicht existieren. Ein argumentativer Austausch und Wettstreit von Ideen ist ohne Kritik denkunmöglich. Wo es keine Debatte mehr gibt, wo es keine gegensätzlichen Argumente mehr gibt, da kann keine Demokratie mehr existieren.

Wo wissenschaftliche Fakten keinen Wert mehr haben und durch obrigkeitsgefälligen Glauben ersetzt werden, da kann es keine Demokratie mehr geben. In einem System, wo Kritik nicht nur unerwünscht ist, sondern der Kritiker kriminalisiert und durch einen politisch-medial-gesellschaftlichen Zeitgeist-Automatismus des politischen Extremismus bezichtigt wird, da weicht die Demokratie dem Totalitarismus.

In einer solchen „Ordnung“ kann es auch keine Opposition mehr geben. Denn diese wird ebenso automatisch diffamiert, kriminalisiert und tabuisiert. Man verweigert der Opposition die Mitsprache, man enthält ihr zustehende Ämter vor, man ignoriert ihre parlamentarischen Anträge, man macht selbst die opponent agierenden Personen, also Menschen, verächtlich. Kommt einem bekannt vor.

Den hündisch Kriechenden vor den politischen Opportunitäten geht es gut (nach Gottfried Benn)

Die mit dem Wohlwollen der politischen Eliten – und infolgedessen mit reichlich Steuergeldern versehene – „erwünschte“ Wissenschaft wird nicht faul, immer neue Begrifflichkeiten zu erfinden oder bestehende Begrifflichkeiten umzudeuten.

So wird aus oppositioneller Kritik eine imaginierte Demokratiegefährdung, werden aus linken Terroristen demokratieverteidigende Aktivisten. Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße, sehr wohl aber Rassismus von Weißen. Die kollektivierte Vertretung der Interessen von Minderheiten wird zur berechtigten Marginalisierung der Mehrheitsinteressen.

Jede noch so sachliche Unterscheidung von Völkern, Ethnien

oder Kulturen – auch nur die Unterscheidung in dicke oder in dünne Menschen – wird zur rassistischen „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, zur Xenophobie oder allgemein zum potentiellen Verstoß gegen die Menschenwürde.

Nicht nur gefühlt jeder zweite Werbespot, sondern mittlerweile jedes Schulbuch zeigt uns faktische Minderheiten als das vorgeblich reale Spiegelbild der Gesellschaft. Nur eine Frage der Zeit, bis die bloße Verwendung des Wortes „Minderheit“ als Rassismus deklariert und verboten wird.

Nirgends wird dieser autoritäre Verbotscharakter deutlicher, als im zunehmend offen zensierten Internet. In dem nicht nur und ausschließlich nach Gesetzesverstößen gefahndet, sondern mittels undefinierter Begrifflichkeiten wie „Hass und Hetze“ eine politisch erwünschte Konformität herbeigezwungen und der Bürger eingeschüchtert werden soll.

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf

Das deutsche Grundgesetz erhält quasi universalistischen Charakter und gilt heute für jeden Erdenbürger – auch, wenn er weder das Wort, noch den Wert, noch den Inhalt kennt oder auch nur aussprechen könnte. Die christliche Nächstenliebe wird zur allgefälligen „Alles- und Jedenliebe“. Wer da aus der Reihe tanzt, wird als politisch Aussätziger gecancelt und als Demokratieverächter und Gefährder aus unserer „demokratischen Gesellschaft“ ausgeschlossen.

Wer den deutlich totalitären Charakter all‘ dieser so offensichtlichen Entwicklungen nicht sieht, aus hündisch kriechendem Opportunismus (Gottfried Benn) nicht sehen darf oder aus nackter Angst um seine gesellschaftliche Existenz nicht sehen möchte, dem bleibt ausschließlich das innere Exil, die Emigration in die – so typisch deutsche – Innerlichkeit.

Der sagt in der Öffentlichkeit am besten zu allem ein beherztes „Ja und Amen“ und gibt sich möglichst sichtbar als ein sich moralisch überlegen fühlender Gut- und Bessermensch.

Wem es an Freiheit und Demokratie gelegen ist, der muss aufstehen

Jeder muss erkennen, dass es in unserem Land nicht mehr um die politische Zuschreibung „rechts oder links“ geht, sondern um den kulturmarxistischen Machtkampf des politischen Establishments gegen den Bürger. Um staatliche Kommandowirtschaft gegen die Marktwirtschaft. Um das beanspruchte Eigentum des Staates am Bürger gegen das Selbsteigentum des Menschen. Um Zwang gegen Freiheit. Um Bevormundung gegen freie Meinungs- und Willensbildung. Um gelenkten, politisch genehmen Zeitgeist gegen freien Wettstreit der Ideen und Argumente.

Vor allem sollte jeder selbständig denkende Mensch erkennen, welches Spiel mit der einzigen vorhandenen Opposition in unserem Land gespielt wird.

Und das seit mittlerweile über acht Jahren. Die Aufgabe der Opposition ist es, Kritik zu üben, die Regierung zu hinterfragen, um so die Demokratie zu verteidigen. Wer das als Verächtlichmachung, als das Stellen der Systemfrage oder gar als Demokratiegefährdung umdeutet, der muss sich selbst als Totengräber der Freiheit und der Demokratie bezeichnen lassen.

Gesellschaftliche Konformität im Sinne von erzwungenen Leitplanken des Denk- und Sagbaren darf in einer Demokratie keinen Platz finden. Zwang und Freiheit, Zwang und Demokratie schließen einander aus.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)